



CDU SACHSEN-
ANHALT

#HeimatMitHerz

KLARE LINIE

Wahlprogramm der CDU Sachsen-Anhalt
zur Kommunalwahl am 26. Mai 2019

FÜR EIN OFFENES, BÜRGERNAHES UND MODERNES SACHSEN-ANHALT

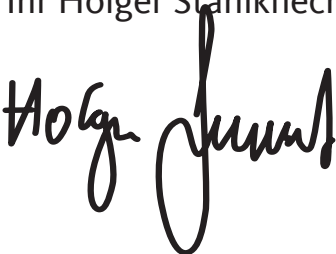
Liebe Sachsen-Anhalterinnen und Sachsen-Anhalter,

als die Kommunalpartei in Sachsen-Anhalt ist die CDU ein verlässlicher Partner unserer Kommunen im Land. Es ist unser oberstes Ziel, unser schönes Bundesland noch attraktiver zu gestalten. Die CDU setzt sich für ein offenes, bürgernahes und modernes Sachsen-Anhalt ein, in dem jeder die gleichen Chancen und Möglichkeiten hat. Die CDU in Sachsen-Anhalt steht für die Gleichwertigkeit der Regionen: Unsere Städte und Dörfer stehen gleichberechtigt nebeneinander.

Wir brauchen starke, handlungsfähige Gemeinden mit zukunftsfesten Strukturen und einer bürgerfreundlichen Verwaltung. Dazu gehören auch ein schonender Umgang mit Ressourcen, eine flächendeckende gute medizinische Versorgung und ein Netz von sozialen Angeboten für alle Lebensphasen.

Wenn wir für Unternehmen und Unternehmer, Fachkräfte, junge Menschen und Familien noch attraktiver werden wollen, um nicht zuletzt der demografischen Entwicklung entgegenzuwirken, bedarf es Offenheit und Neugier. Gegenseitiges Verständnis ist die Basis, um Ideen und Innovationen Raum zum Wachsen zu geben. Wir werden den Menschen eine lebenswerte Heimat zum Wohnen, Leben und Arbeiten bieten, kurzum: eine Heimat mit Herz.

Ihr Holger Stahlknecht



Landesvorsitzender
CDU Sachsen-Anhalt



INHALTSVERZEICHNIS

PRÄAMBEL

FÜR EIN OFFENES, BÜRGERNAHES UND
MODERNES SACHSEN-ANHALT

ENTWICKLUNG DER GEMEINDEN,
STÄDTE UND LANDKREISE

SPORT- KULTUR- UND VEREINSLEBEN

INNERE SICHERHEIT, KOMMUNALE PRÄVENTION

UMGANG MIT ZUWANDERUNG

BRAND- UND KATASTROPHENSCHUTZ

WIRTSCHAFT

INFRASTRUKTUR

DIGITALISIERUNG, BREITBANDVERSORGUNG

LANDWIRTSCHAFT, FORSTEN, UMWELT-
UND HOCHWASSERSCHUTZ

BILDUNG, SCHULE, SOZIALES/
KINDER UND JUGEND UND FAMILIE

SENIOREN UND PFLEGEVERSORGUNG

GESUNDHEIT

PRÄAMBEL

FÜR EIN OFFENES, BÜRGERNAHES UND MODERNES SACHSEN-ANHALT

Als die Kommunalpartei in Sachsen-Anhalt ist die CDU ein verlässlicher Partner unserer Kommunen im Land und es ist unser oberstes Ziel, unser schönes Bundesland noch attraktiver zu gestalten. Die CDU setzt sich für ein offenes, bürgernahes und modernes Sachsen-Anhalt ein, in dem jeder die gleichen Chancen und Möglichkeiten hat. Wir wollen nicht nur für unsere Bürger, sondern auch für Zuziehende und vor allem Rückkehrer interessant und lebenswert sein.

Wir stehen für eine Politik, die den ländlichen Raum stärkt und die regionalen Gegebenheiten entsprechend berücksichtigt. Um langfristig gut aufgestellt zu sein, braucht Sachsen-Anhalt eine nachhaltige Entwicklung. Diese beinhaltet neben der Schaffung von gleichwertigen Lebensverhältnissen auch Sicherheit und Ordnung, die durch eine verstärkte Polizeipräsenz und nachhaltige Organisationsstrukturen der Landespolizei erreicht wird.

Der Mittelstand ist das Rückgrat der deutschen, aber auch der sachsen-anhaltischen Wirtschaft, daher müssen wir gute, wettbewerbsfähige Standortbedingungen schaffen, die Unternehmer und Unternehmen in unser Bundesland ziehen und halten. Neben einer modernen Infrastruktur bedarf es dazu vor allem eines leistungsstarken und flächendeckenden Breitbandes. Ausreichende Internetversorgung ist ein wichtiger Bestandteil des modernen Lebens und stellt einen nicht zu unterschätzenden Standortfaktor dar; sowohl für die Wirtschaft als auch für die Bevölkerung.

Für ein zukunftsfähiges Bundesland werden wir die Chancen, die sich aus der Digitalisierung ergeben, nutzen und den digitalen Wandel voranbringen. Wir brauchen starke, handlungsfähige Gemeinden mit zukunftsfesten Strukturen und einer bürgerfreundlichen Verwaltung. Dazu gehören auch ein schonender Umgang mit Ressourcen, eine flächendeckende gute medizinische Versorgung und ein Netz von sozialen Angeboten wie zum Beispiel in der Kinderbetreuung.

Wenn wir Unternehmen und Unternehmer, Fachkräfte, junge Leute und Familien in unser Bundesland holen wollen, um nicht zuletzt der demografischen Entwicklung entgegenzuwirken, bedarf es zunächst Offenheit und Neugier der bereits hier Lebenden. Gegenseitiges Verständnis ist die Basis, um Ideen und Innovationen Raum zum Wachsen zu geben. Wir werden den Menschen eine lebenswerte Heimat zum Wohnen, Leben und Arbeiten bieten.

Als Christlich Demokratische Union Deutschlands stehen wir für die christlichen Werte. Uns sind Mitmenschlichkeit und gegenseitiger Respekt eine Herzensangelegenheit, daher setzen wir uns für einen starken Rechtsstaat ein. In unserem offenen, bürgernahen und modernen Sachsen-Anhalt soll jeder die gleichen Chancen und Möglichkeiten haben, sich selbst zu verwirklichen. Daher fördern wir die frühzeitige Vermittlung unserer demokratischen Grundstrukturen auf der Basis des Grundgesetzes.

ENTWICKLUNG DER GEMEINDEN, STÄDTE UND LANDKREISE

Die Kommunale Selbstverwaltung ist Grundlage unseres demokratischen, föderativen Staatsaufbaus und von jeher das Fundament des subsidiären Staatswesens.

Die Kommunen sind ein Ort der Mitbestimmung und Keimzelle einer aktiven, mitverantwortlichen Bürgergesellschaft und Grundlage für eine lebendige Demokratie. In ihr werden Bürgerengagement und Bürgernähe gelebt. Die CDU Sachsen-Anhalt ist die in den Kommunen am stärksten verwurzelte Partei und ist mit den Ideen, Wünschen und auch Sorgen der Menschen in den Gemeinden, Städten und Landkreisen vertraut. Im engen Austausch mit den Bürgermeistern und Landräten sowie unseren Mandatsträgern in den Stadt-, Gemeinde- und Ortschaftsräten und in den Kreistagen wissen wir um die wichtigen Aufgaben, die auf kommunaler Ebene zu leisten sind.

Die CDU in Sachsen-Anhalt steht für die Gleichwertigkeit der Regionen. Der ländliche Raum, unsere Städte und Dörfer stehen gleichberechtigt nebeneinander. Handlungsfähige und selbstbewusste Städte, Gemeinden und Landkreise stehen vor vielfältigen Herausforderungen im Bereich von Demografie, Integration, Umwelt und Wirtschaft. Die Kommunen sollen auch weiterhin in die Lage versetzt werden, die Daseinsvorsorge in allen Lebensbereichen wie z.B. der Schule, dem Verkehr, der Umwelt, der medizinischen Versorgung oder der Kultur für unsere Bürgerinnen und Bürger nach den örtlichen Gegebenheiten zu gewährleisten.

Kommunale Selbstverwaltung setzt auch eine eigenverantwortliche kommunale Finanzwirtschaft voraus. Dazu gehört das Recht, aber

auch die Pflicht, Grund- und Gewerbesteuern selbst verantwortlich festzusetzen und angemessene Gebühren zu erheben. Wir bekennen uns zu den bewährten Grundlagen des kommunalen Finanzausgleichsgesetzes und wollen es aufgrund der damit verbundenen Herausforderungen auch zur Stärkung des ländlichen Raums weiterentwickeln.

Der aufgabenbezogene Finanzausgleich mit der notwendigen finanziellen Ausstattung hat die unterschiedliche Finanzkraft der einzelnen Kommunen innerhalb der drei kommunalen Gruppen ebenso auszugleichen, wie dafür Sorge zu tragen, dass unsere Kommunen über Finanzmittel verfügen, die zur angemessenen Erfüllung ihrer Pflicht- und freiwilligen Aufgaben erforderlich sind. Ziel bleiben gleichwertige Lebensverhältnisse zwischen kreisfreiem und kreisangehörigem Raum.

Wir bekennen uns zur aufgabenbezogenen Finanzierung zwischen Land und Kommunen. Pflichtige und freiwillige kommunale Aufgaben müssen auch zukünftig erledigt werden können, dafür setzen wir uns ein. Hierzu muss für die Kommunen die erforderliche finanzielle Leistungsfähigkeit gewährleistet sein und die notwendige organisatorische Unterstützung geleistet werden, damit sie auch die künftigen Herausforderungen auf allen Gebieten der kommunalen Selbstverwaltung bewältigen können. Wir bekennen uns ausdrücklich zum Konnexitätsprinzip in unserer Landesverfassung. Bei Aufgabenerweiterungen und neuen Leistungspflichten muss den Kommunen daher eine entstehende Mehrbelastung angemessen ausgeglichen werden. Das Recht auf wirtschaftliche Betätigung der Kommunen unterliegt klaren Regelungen.

An dem von der CDU geführten Landesregierung verbesserten kommunalen Finanzausgleich für unsere Landkreise, Städte und Gemeinden halten wir auch in Zeiten guter kommunaler Steuereinnahmen fest. Gleichzeitig werden wir in einer Arbeitsgruppe unter

Mitwirkung der kommunalen Spitzenverbände Vorschläge für die mittelfristige Weiterentwicklung der kommunalen Finanzausstattung erarbeiten. Die finanzielle Basis hierfür ist die aktuelle Ausgestaltung des Finanzausgleichsgesetzes.

Aufgrund des hohen Investitionsbedarfes und starken Preisauftriebes benötigen unsere Landkreise, Städte und Gemeinden zusätzliche Hilfen, um wichtige Bauprojekte vorantreiben zu können. Dafür werden wir uns als CDU stark machen.

Erfolgreich haben wir Förderprogramme der Europäischen Union vor Ort umgesetzt. Der bewährte LEADER-Ansatz*1 ist um CLLD*2 ergänzt worden. Beteiligte Regionen konnten und können sich auch in Zukunft zu Aktionsgruppen zusammenschließen und Projekte initiieren. Diese nachhaltige Entwicklung unseres Bundeslandes ist durch eine intensive Zusammenarbeit von Stadt und Land zu generieren.

Die demografischen Herausforderungen, vor denen wir stehen und die sich in den Regionen unterschiedlich gestalten, sind eine politische Querschnittsaufgabe. Der demografische Wandel wirkt sich auf nahezu alle Lebensbereiche aus. Gerade Menschen in dünner besiedelten, oftmals ländlichen Regionen sind hiervon betroffen. Unser Ziel muss es sein, die Grundsätze der Landesentwicklung so zu bestimmen, dass Wirtschaftsentwicklung und Daseinsvorsorge gesichert bleiben. Das bedeutet, dass die zentralen Orte - als Mittelpunkte des gesellschaftlichen Lebens - gestärkt werden müssen. Die Mittel- und Grundzentren des Landes müssen in die Lage versetzt werden, die Grundversorgung der Bevölkerung ihrer Stadt sowie der umliegenden Gemeinden auf einem qualitativ hohen Niveau zu sichern. Dazu gehören besonders in Regionen mit geringer Einwohnerdichte die Versorgung mit Bildungseinrichtungen, medizinischen Einrichtungen sowie der Öffentliche Personennahverkehr.

Vor dem Hintergrund neuer Anforderungen an zukunftsgerechte Wohnformen und energetische Gebäudesanierung muss der Stadtbau fortgesetzt werden. Auch in kleiner werdenden Städten sind nach unserer Auffassung ein Erhalt der guten Lebensverhältnisse und deren weitere Verbesserung notwendig.

Das Gesundheitssystem in Sachsen-Anhalt muss auch weiterhin zukunftssicher gestaltet werden. Die Bekämpfung des Ärztemangels, insbesondere im ländlichen Raum, hat für die CDU absolute Priorität. Die wohnortnahe und flächendeckende medizinische Versorgung der Menschen mit medizinischen Leistungen muss sichergestellt bleiben.

Zusätzliche Maßnahmen zur Gewinnung von Ärzten, die Förderung von Praxiseröffnungen, der flächendeckende Einsatz von Gemeindeschwestern, neue Kooperationsformen zwischen Ärzten, medizinischen Versorgungszentren und Krankenhäusern bleiben notwendig, um dieses Ziel zu erreichen.

Auch die Eigeninitiative vor Ort muss entwickelt und unterstützt werden. Der Staat hat die Wahrung der Mindeststandards der Daseinsvorsorge zu garantieren. Aber nur die Kombination aus Eigenverantwortung, staatlichen Leistungen und bürgerschaftlichem Engagement kann die Bedingungen schaffen, die die Menschen zur Gestaltung ihres Zusammenlebens benötigen und regionale Haltefaktoren erzeugen. Es sind neue Wege zu beschreiten. Dienstleistungen, die aus wirtschaftlichen Gründen vor Ort nicht mehr vorgehalten werden, können auch zu den Menschen kommen. Hochgeschwindigkeitsdatennetze, mobile ärztliche Dienste, mobile Verwaltung und so genannte Lebensmittelbusse gehören dazu.

Unser Heimatland Sachsen-Anhalt ist christlich geprägt. Zu der hohen Lebensqualität tragen darum nicht zuletzt die beiden christlichen Kirchen bei. Sie übernehmen in unserer Gesellschaft wichtige

Dienste im Bereich der Bildung, Kultur und Diakonie. Ein großer Teil dieser Arbeit wird auch in den Kirchen von Ehrenamtlichen geleistet. Dieses Engagement wollen wir in bewährter Weise unterstützen.

*1(Liaison entre actions de développement de l'économie rurale - Verbindung zwischen Aktionen zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft)

*2(Community-Led Local Development - von der Örtlichen Bevölkerung Betriebene Maßnahmen zur Lokalen Entwicklung)

SPORT- KULTUR- UND VEREINSLEBEN

Ehrenamtliches Engagement ist für Sachsen-Anhalter selbstverständlich. Fast jeder Dritte engagiert sich in seiner Freizeit in einem Verein oder einer Initiative. Ein Internetportal koordiniert unter www.engagiert-in-sachsen-anhalt.de die Arbeit der freiwilligen Helfer im Land.

Wir setzen uns auch weiterhin für eine stärkere Anerkennung des Ehrenamtes ein. Hierzu gehören Vereinsförderungen und Erhalt vorhandener örtlicher Einrichtungen.

Der organisierte Sport ist der quantitativ bedeutsamste Träger bürgerschaftlichen Engagements in unserer Gesellschaft und leistet in seiner ganzen Bandbreite und Vielfalt einen wichtigen Beitrag zu aktiver Freizeitgestaltung und zu gesunder Lebensführung.

Wir werden in unseren Städten und Gemeinden immer dafür wer-

ben, dass in unseren Stadien, Sportanlagen und Sporthallen nationale wie auch internationale Meisterschaften stattfinden. Die Aus- und Weiterbildung von haupt- und ehrenamtlichen Trainern und Übungsleitern ist zukunftsorientiert und wird den Leistungs- und Breitensport weiter voranbringen. Besondere Bedeutung kommt den sportlichen „Leuchttürmen“ der Olympiastützpunkte Halle und Magdeburg zu. Hier entwickeln sich die Talente, die Sachsen-Anhalt bei Welt- und Europameisterschaften sowie Olympischen Spielen erfolgreich vertreten.

Sachsen-Anhalt ist Kernland deutscher Geschichte. 2019 feiern wir das 100-jährige Bauhausjubiläum. Neben prähistorischen, romantischen und mittelalterlichen Stätten, die zum Teil UNESCO-Welterbe sind, bedeutenden Denkmälern der Industriegeschichte und aufrüttelnden Zeugnissen neuerer deutscher Geschichte haben wir wunderbare Naturlandschaften.

Ohne Geschichte gibt es keine Zukunft. Die nachhaltige Förderung unserer Kulturlandschaft ist und bleibt ein wichtiges Anliegen der CDU. Die Einbindung einzelner Projekte in ein Gesamtkonzept für Sachsen-Anhalt und zum Vorteil für das ganze Land ist dabei eine Selbstverständlichkeit. Es gilt die reichhaltigen historischen und kulturellen Wurzeln als Ansporn für die weitere Entwicklung des Landes zu verstehen.

Unsere Kultur hat ihre Wurzeln in den Überlieferungen von der Frühgeschichte über das Mittelalter bis zur Neuzeit und zur Gegenwart. Von diesen historischen Wegmarken ausgehend, deren überlieferte Werte sich in den Artikeln 36 und 37 der Landesverfassung widerspiegeln, werden Kunst und Kultur durch bessere Absicherung ihrer finanziellen und strukturellen Grundlagen zielgerichteter als bisher in der Wahrnehmung ihrer gesamtgesellschaftlichen Aufgaben gestärkt.

Es sollen regionale Kulturräume – Kulturregionen – bei Kostenneutralität geschaffen werden, die gezielt den Bedürfnissen der dort vorhandenen Kultureinrichtungen durch eine enge Kooperation der verantwortlichen Kulturträger entsprechen können. Die Gründung von Vereinen und Museen zur Beschäftigung mit Heimatgeschichte wird die CDU als Heimatpartei aktiv fördern.

INNERE SICHERHEIT, KOMMUNALE PRÄVENTION

Für uns ist die innere Sicherheit eine der wichtigsten Aufgaben. Sie ist seit jeher ein bedeutender Bestandteil unserer Politik, denn neben der objektiven Sicherheit müssen wir uns um das Sicherheitsgefühl eines jeden Einzelnen kümmern.

Schmierereien und Sachbeschädigungen an privaten sowie öffentlichen Einrichtungen, Verkehrsmitteln und Fahrzeugen werden wir nicht akzeptieren. Wir verfolgen eine Null-Toleranz-Strategie, wenn es um die Bekämpfung von Straftaten geht. Privates und öffentliches Eigentum ist zu schützen. Gegen die widerrechtliche Inbesitznahme von Grundbesitz werden wir konsequent vorgehen. Der Entstehung von illegalen oder verfassungsfeindlichen Strukturen werden wir schnell und entschlossen entgegentreten. Die Wohn- und Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger in unseren Gemeinden ist zu erhalten bzw. zu verbessern, denn die Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung ist ein nicht zu unterschätzender Standortfaktor.

Die Kooperationsvereinbarungen zur Sicherheitspartnerschaft zwischen Polizeirevieren und den Kommunen bilden eine Grundlage für abgestimmtes Handeln und sind stetig anhand der neuen Anforderungen fortzuentwickeln.

Die Landkreise und kreisfreien Städte haben eine wichtige Koordinierungs- und Fachaufsichtsfunktion auf dem Gebiet der Gefahrenabwehr. Es ist erforderlich, dass die Landkreise mit den jeweiligen Polizeirevieren Sicherheitspartnerschaften eingehen. Dadurch wird nach außen dokumentiert, dass die Sicherheitsbehörden eng zusammenarbeiten. Bei Bedarf sind auf kommunaler Ebene, gesonderte Ausschüsse für die innere Sicherheit zu gründen.

Ein Netzwerk zum regelmäßigen Informationsaustausch zwischen Kommunen und Polizei soll dazu dienen, geeignete Maßnahmen der Prävention zur Verhinderung von Kriminalität und Erhöhung der Verkehrssicherheit in den Kommunen auszuarbeiten. Die Kommunen haben sich untereinander kontinuierlich über ihre Erfahrungen auszutauschen.

Wir als CDU setzen uns für eine Erhöhung der Einstellungszahlen bei der Polizei ein. Die Regionalbereichsbeamten sind ein Erfolgsmodell, sie zeigen Präsenz in der Fläche, insbesondere in Kitas sowie Schulen und sind jederzeit Ansprechpartner für die Verwaltungen und die Bürgerinnen und Bürger. Die Gewährleistung der Polizeipräsenz vor Ort dient zum einen der Gefahrenabwehr bzw. Kriminalitätsbekämpfung, zum anderen der Stärkung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung. An Kriminalitätsschwerpunkten sollen Videoaufklärungen, erhöhte Streifentätigkeiten und intensive Personenkontrollen Straftaten verhindern. Die vorhandenen Dienststellen der Polizei sind aufrechtzuerhalten. In Einzelfällen müssen Standorte der Polizei personell und materiell aufgewertet werden, denn ausreichende Polizeipräsenz

ist in den dünn besiedelten Landesteilen zwingend notwendig.

Wir sind dafür, die derzeitige Aufgabenzuständigkeit der Polizei beizubehalten. Aufgaben, die das Sicherheitsgefühl stärken, müssen im Vordergrund stehen. Einen teilweisen Verzicht von Aufgaben lehnen wir grundlegend ab. Wir stehen für eine Stärkung der Polizei, dazu gehören nachhaltige Organisationsstrukturen der Landespolizei. Die Ordnungsämter der Kommunen gewährleisten originär die Sicherheit und Ordnung in unseren Gemeinden, deshalb werden wir sie personell und technisch gut ausstatten.

UMGANG MIT ZUWANDERUNG

In unseren Städten und Gemeinden leben Menschen unterschiedlicher Herkunft. Aufgrund der demografischen Entwicklung und des Fachkräftemangels ist es erforderlich, durch legale Einwanderung und verbesserte Integration gut ausgebildete, leistungs- und integrationswillige Menschen aufzunehmen und ihnen die Chance zu geben, eine neue Heimat zu finden. Die Kommunen müssen für die Zugewanderten nicht nur attraktiv sein, sondern vor Ort müssen auch die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration vorhanden sein. Dabei dürfen Asyl und humanitärer Schutz nicht mit der notwendigen Zuwanderung von Fachkräften vermischt werden.

Integration ist keine Einbahnstraße, deshalb gilt der Grundsatz - Fördern und Fordern. Der Staat kann mit seinen Institutionen und Kommunen nur Hilfe zur Selbsthilfe leisten. Um die Akzeptanz in der Bevölkerung für Menschen fremder Herkunftsländer zu erhalten, darf die Toleranz nicht überstrapaziert werden. Die Integrationskraft der

Kommunen mit Kitas, Schulen und Wohnungen ist begrenzt. Bei Bedarf muss ein Zuzugsstop für einzelne Kommunen erfolgen.

Wir erwarten, dass Menschen, die nach Deutschland zugewandert sind, unsere Verfassung und unsere Rechtsordnung akzeptieren und ihren Beitrag leisten, um eine erfolgreiche Integrationsarbeit zu unterstützen. Wer sein Gastrecht verwirkt, muss unser Land verlassen.

Zu einer erfolgreichen Integration gehören zwingend die Fähigkeit und der Wille, die deutsche Sprache zu beherrschen, um Parallelgesellschaften zu verhindern

Ängste und Befürchtungen der Bevölkerung nehmen wir ernst, deshalb treten wir Rassismus, Extremismus und Intoleranz entschlossen entgegen.

Sie dürfen in unseren Städten und Gemeinden keinen Platz haben, das gilt für politisch und religiös motivierte Feindseligkeiten. Von den islamischen Gemeinden erwarten wir eine Vorbildfunktion bei der Integration. Hasspredigten und unkooperatives Verhalten werden wir nicht dulden. Sollten die Zwecke und Tätigkeiten entsprechender Vereine unseren Strafgesetzen zuwiderlaufen oder sich gegen unsere verfassungsmäßige Ordnung wenden, sind Vereinsverbote zu prüfen. Bereits integrierte Personen sollen bei der Integration der Neuzugezogenen unterstützen und als Vorbild dienen.

Wir halten an der Wohnsitzauflage fest. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die preiswerteren Angebote des sozialen Wohnungsbaus allen gleichermaßen zugutekommen. Hierbei ist besonders darauf zu achten, dass keine Ausgrenzung stattfindet, es aber auch keine erhöhte Konzentration der Zugewanderten in einzelnen Stadt- oder Ortsteilen gibt. Nur durch eine genaue Verteilung kann die Integration gelingen.

Die Kommunen sind deshalb ein unverzichtbarer Partner bei einer erfolgreichen Integration und müssen vom Land die notwendige Hilfe und Unterstützung erhalten.

BRAND- UND KATASTROPHENSCHUTZ

Die hauptamtlichen und freiwilligen Feuerwehren sind Garant für einen flächendeckenden Brand- und Katastrophenschutz. Die Feuerwehren leisten als verlässlicher Partner mit den anderen Rettungs- und Hilfsorganisationen einen wichtigen Beitrag bei Unglücksfällen und Katastrophen.

Mit dem neuen Brandschutzgesetz haben wir bessere Voraussetzungen für die Feuerwehren geschaffen.

Wir sprechen uns für den Erhalt sämtlicher Feuerwehren aus. Durch Kooperationen können unselbstständige Standorte erhalten bleiben. Zur Sicherstellung der Einsatzbereitschaft unserer Feuerwehren benötigen wir zukunfts- und arbeitsfähige Strukturen. Die landesweit einheitliche Hilfsfrist von zwölf Minuten darf nicht angetastet werden.

Wir setzen uns weiterhin für eine gezielte Förderung der Feuerwehren und des Katastrophenschutzes ein. Mit der Weitergabe der Feuerschutzsteuer an die Kommunen und der Unterstützung beim Erwerb von Fahrerlaubnissen wollen wir die Feuerwehren auch in Zukunft stärken. Die Ausstattung mit effektiver Einsatztechnik sowie mit moderner Ausrüstung unserer Kameradinnen und Kameraden hat für uns einen hohen Stellenwert. Die Praxis der zentralen Beschaffung von Feuerwehrtechnik durch das Innenministerium hat sich bewährt, insofern sollte dies fortgesetzt und ggf. ausgebaut werden. Auch neue

Wege der Fahrzeugbeschaffung, wie z.B. Leasing oder Mietkauf sollten stärker genutzt werden. So spricht weder aus kommunal- noch aus brandschutzrechtlichen Überlegungen etwas dagegen, Feuerwehrfahrzeuge anzuschaffen, die nicht ausschließlich im Eigentum der Gemeinden stehen.

Im Rahmen der kommunalen Finanzhoheit obliegt es der Entscheidung der Kommune, ob sie ein erforderliches Feuerwehrfahrzeug käuflich erwirbt, least oder mietet.

Ein großes Problem bei den Feuerwehren ist der demografische Wandel. Um genügend Personal bei den Feuerwehren vorhalten zu können, ist es erforderlich, eine kontinuierliche Nachwuchswerbung durchzuführen. Es ist dringend notwendig, genügend Anreize für die Mitarbeit in den Feuerwehren zu schaffen. Bei Einstellungen der Gemeinde sollen Mitglieder im Einsatzdienst der Feuerwehr bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung bevorzugt berücksichtigt werden. Die Unterstützung der Kinder- und Jugendfeuerwehren sowie der Fördervereine der Feuerwehren ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Die Kooperation zwischen den örtlichen Schulen, Kindergärten und Feuerwehren dient der besseren Nachwuchsgewinnung und der Vermittlung von Verhaltensweisen im Ernstfall. Die gesellschaftliche Wertschätzung der Blaulicht- und Sanitätsdienste ist zu erhöhen. Hierzu ist eine langfristige und stetige Verbesserung des Images erforderlich. Eine einfache Werbekampagne ist hierfür nicht ausreichend. Diese sollte z.B. durch ein „FFW-Siegel“ ergänzt werden. Dieses Siegel kann an Firmen verliehen werden, die die ehrenamtliche Tätigkeit ihrer Mitarbeiter fördern und unterstützen.

Die regelmäßige Aus- und Fortbildung der Feuerwehrkameraden ist eine wichtige Aufgabe, sie muss weiterhin dezentral in den Gemeinden und Landkreisen sowie zentral im Institut für Brand- und Katastrophenschutz in Heyrothsberge erfolgen.

Die Regelung des Verdienstausfalls im Einsatzfall ist unbürokratisch zu gestalten. Eine regelmäßige Anpassung dient der Unterstützung des Ehrenamtes und der örtlichen Arbeitgeber.

„Verantwortungsvolle Kommunalpolitik findet nicht nur im Jetzt statt, sie schafft optimale Rahmenbedingungen für die künftigen Generationen. Wir stehen für die Zukunft unserer Region!“

WIRTSCHAFT

Ein klares Bekenntnis und gute Standortbedingungen für den Mittelstand, unsere Familienbetriebe, das Handwerk, Dienstleister, Freiberufler und Landwirte sind unser Ziel!

Die Wirtschaft in unseren Kommunen ist erfolgreich. Wir haben starke mittelständische Unternehmen, es finden Unternehmensgründungen statt und vor Ort existiert ein hoch qualifiziertes Handwerk.

Wir setzen auf die soziale Marktwirtschaft und bekennen uns zu Leistung, Wettbewerb und Vertragsfreiheit. Unser wichtigstes Ziel ist es, unsere Region als überregionalen Wirtschaftsstandort zu entwickeln, zu etablieren und vorhandene Unternehmen mit ganzer Kraft zu unterstützen. Der Mittelstand ist das Rückgrat der deutschen Wirt-

schaft. Industrie, Handwerk und Handel, gewerbliche Dienstleistungen und freie Berufe tragen maßgeblich dazu bei, dass in unserer Heimat Wertschöpfung und Arbeitsplätze wachsen.

Kooperationen und regionale Netzwerke für eine frühzeitige Berufsorientierung und einen optimalen Berufseinstieg, angefangen von Schulen, über Bildungsträger, bis hin zu Unternehmen haben unsere volle Unterstützung. Wir werden Lösungen mit und für unsere Jugend finden, die dem Fachkräftemangel in unserer Region entgegenwirken. Eine bedarfsgerechte Ausbildung und später einen Beruf in der Nähe des Wohnortes zu haben, bedeutet die Chance, seiner Heimat, seiner Familie und Freunden verbunden zu bleiben.

Wir stehen für die uneingeschränkte Unterstützung der vorhandenen Wirtschaftsunternehmen und fördern die Gründung und Ansiedlung neuer Betriebe. Dabei setzen wir uns für eine stärkere Würdigung und Anerkennung des Unternehmertums durch Verwaltung und Gesellschaft ein. Wir wollen Verlässlichkeit für Unternehmen. Es müssen mittel- und langfristige Strategien entwickelt werden, um vakante Unternehmensnachfolge zu sichern. Ein wichtiges Standbein der Wirtschaftsförderung ist eine funktionierende, effiziente und kompetente kommunale Verwaltung, um ein wirtschaftsfreundliches Klima zur Sicherung, Neuansiedlung und Neugründung von Unternehmen zu schaffen. Wir brauchen auf allen Ebenen „Kümmerer“ und „Lotsen“, die die bestehende Wirtschaft, aber auch neue Unternehmen begleiten. Die Unternehmer müssen sich in unserer Region angenommen und aufgehoben fühlen. Bauantragsverfahren müssen beschleunigt, modernisiert, unternehmens- und bürgerfreundlicher werden. Auch die vereinfachte Ausweisung neuer Gewerbe- bzw. Industriegebiete zur Erweiterung und Ansiedlung von Unternehmen sichert Innovations- und Zukunftsfähigkeit.

Der Abbau der Bürokratie wird von uns forciert.

Wirtschaftliche Umstrukturierungen, wie z.B. bei der Braunkohle, dürfen nicht zu Lasten der Menschen erfolgen. Erst müssen neue alternative Arbeitsplätze für alle Berufsgruppen geschaffen werden, bevor durch Strukturwandel Arbeitsplätze vernichtet werden. Die Zukunftsfähigkeit unserer Heimat hängt insbesondere von einem umfassenden Angebot an Arbeitsplätzen ab. Wir wollen alle Sparten der Wirtschaft unterstützen und ein wirtschaftsfreundliches Klima schaffen. Wir setzen auf erfolgreiche und zukunftsweisende Unternehmen und Investitionen. Wir wollen eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Eine wichtige Säule unserer Wirtschaft ist der Tourismus. Unsere Region zeichnet sich durch interessante Angebote und Sehenswürdigkeiten aus. Hier gilt es, die Attraktivität weiter zu steigern, neue Freizeitmöglichkeiten zu schaffen oder zu fördern und Begegnungsmöglichkeiten zu erhalten bzw. zu entwickeln.

INFRASTRUKTUR

Infrastruktur verbindet Menschen, Regionen und gemeinsame Interessen und Ziele. Die kommunale Daseinsvorsorge muss daher bestrebt sein, die vorhandene Infrastruktur stets modern auszurichten, zu erhalten und an den demografischen Wandel anzupassen.

Wir setzen uns für einen Landesplan ein, der aufzeigt, wie in den nächsten Jahren alle Wege, Straßen, Plätze und Brücken saniert werden können bzw. wie deren Zustand gesichert und verbessert werden kann. Wir möchten unter Berücksichtigung der finanziellen Möglichkeiten die notwendigen Investitionen in die Infrastruktur der Zukunft

bestimmen. Diese Investitionen müssen vorab in der Bevölkerung breit diskutiert und dann auch in den nächsten Jahren beherzt und stringent umgesetzt werden. Eine Koordinierung der dafür notwendigen Prozesse über kommunale Grenzen hinweg ist dafür unverzichtbar.

Es bedarf einer zentralen Stelle in der Kommune, die alle avisierten Maßnahmen im Bereich der Infrastruktur dahingehend prüft, ob Fördermittel vom Land, dem Bund oder der EU eingeworben werden können.

Im Falle der Sanierung von Wegen, Straßen, Plätzen oder Brücken muss die Barrierefreiheit gewährleistet sein. Wo sich ein Mensch mit einem Rollator ungehindert bewegen kann, wird auch ein Kinderwagen seinen Weg finden. Wir setzen bei der Weiterentwicklung unserer Infrastruktur auf Alt und Jung. Gemeinsam mit unseren Nachbarn forcieren wir die interkommunale Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Radwege, ländlicher Wegebau und kommunale Straßen. Die kommunale Grenze darf nicht am Zustand der Straßen zu erkennen sein. Die künftigen Investitionen in die Infrastruktur setzen auf Mobilität, Wohnen, lebens- und liebenswerte Strukturen, moderne Gebäude und Einrichtungen.

Heutzutage hängt die Zufriedenheit der Menschen vor Ort stark davon ab, ob die digitale Infrastruktur modern ist und dem Stand der Zeit entspricht. Dies hat nicht nur für die Bürger eine erhebliche Bedeutung, denn die digitale Infrastruktur im ländlichen Raum ist ein wesentlicher Standortfaktor für Unternehmen geworden. Die Fortschreibung des Breitbandausbaus steht für uns an erster Stelle. Ein leistungsfähiges Breitband ist kein Luxus, sondern ein „Muss“.

Wir wollen weitere Projekte zur Verbesserung der Infrastruktur, zur Verringerung der Umweltbelastung und zur Verkürzung der Fahrzeiten und Attraktivitätsverbesserung der Erreichbarkeiten der Ortschaften

umsetzen. Dazu zählen eine optimale Schülerbeförderung und schnelle Bahnverbindungen an die Ballungsräume. Der ÖPNV ist attraktiv und bedarfsgerecht über Dorf-, Stadt- und Kreisgrenzen hinaus zu entwickeln.

DIGITALISIERUNG, BREITBANDVERSORGUNG

Es besteht weiterhin eine erhebliche Versorgungslücke im Bereich der grundlegenden Breitbandversorgung (min. 50 Mbit/s) außerhalb der Ballungsräume. Die CDU verstärkt auf Landes- und Kommunalebene den Druck auf die kommerziellen Netzanbieter, die im Vorfeld des geförderten Ausbaus gemachten Zusagen zum privat-finanzierten Netzausbau bis Ende 2019 umzusetzen.

Wir bauen die digitale Infrastruktur auch zukünftig weiter aus und verbessern die Breitbandversorgung durch den Ausbau eines flächen-deckenden Glasfasernetzes mit min. 100 Mbit/s (Up- und Download) bis 2025:

- Unterstützung der Kommunen bei der Finanzierung eines Glasfasernetzes
- Ausstattung der öffentlichen Gebäude mit W-LAN
- Aktive Vorbereitung zur nächsten Ausbaustufe, der Gigabit-Gesellschaft

Wir unterstützen die Verwaltungen bei der Erarbeitung von Strategien zur Einführung und zum Ausbau von E-Government und wollen einen kostenfreien Zugang der Rathäuser zum neuen, schnelleren Lan-

desdatennetz (ITN-XT). Wir unterstützen Unternehmen, den digitalen Wandel voranzutreiben. Wir fördern die Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft.

Wir nutzen die Digitalisierung aktiv für die Daseinsvorsorge und Bildung: Das „digitale Klassenzimmer“ muss die Kinder und die Jugend auf die Herausforderungen des künftigen Berufslebens optimal vorbereiten. Ohne moderne Lehrmethoden und der Vermittlung von Kenntnissen über Hard- und Software wird „Industrie 4.0“, aber auch viele andere Vorhaben in der Praxis scheitern.

LANDWIRTSCHAFT, FORSTEN, UMWELT- UND HOCHWASSERSCHUTZ

Förderung von Vorhaben, die die Vermarktung heimischer und landwirtschaftlicher Erzeugnisse bevorzugen.

Förderung einer leistungsorientierten Landwirtschaft, die sowohl konventionell als auch ökologisch ausgerichtet sein kann. Sie ist ein raumbedeutsamer Wirtschaftszweig. Land- und forstwirtschaftliche Betriebe, die Flächen in NATURA 2000-Gebieten sowie in anderen Naturschutzgebieten bewirtschaften, erfüllen Auflagen, die aus den gebietsspezifischen Schutzgebietsausweisungen resultieren. Der damit verbundene höhere Aufwand und verminderte Ertrag im Vergleich zu einer regulären Bewirtschaftung ist auszugleichen.

Die Wertschöpfung der landwirtschaftlichen Betriebe soll in Sachsen-Anhalt stattfinden. Wir werden Maßnahmen unterstützen, den gegenwärtigen Bestand an landwirtschaftlichen Nutzflächen zu erhalten, soweit die kommunale Entwicklung,

(z.B. Gewerbeflächen, Wohngebiete) in der Abwägung dem nicht entgegensteht.

Wir wollen die Neugründung bzw. Übernahme von Betrieben durch Junglandwirte besonders positiv begleiten. Wir fördern eine leistungsfähige Land- und Forstwirtschaft, die sich dem Schöpfungsgedanken verpflichtet und mit den natürlichen Ressourcen schonend umgeht. Wir wollen die Landschaft und Natur als Lebensraum und Wirtschaftsfaktor erhalten.

Wir wollen eine nachhaltige Forstwirtschaft, die in der Lage ist, die Ökosystemleistungen unserer Wälder und das regionale Cluster Forst und Holz zu erhalten. Dazu bedarf es der Unterstützung zumal des Klein-Privatwaldes und besonders seiner forstlichen Zusammenschlüsse. Zudem muss nach den Sturm- und Dürrekatastrophen und in Ansehung des stattfindenden Klimawandels ein Wiederbewaldungskonzept für Sachsen-Anhalt – mit allen zur Verfügung stehenden standortgerechten Baumarten und hinreichend Fachpersonal auf der Fläche – auf den Weg gebracht werden. Wir unterstützen hinsichtlich des Wolfes die Forderungen der Jägerschaft, diesen bald möglich aus dem Anhang IV in den Anhang V der FFH Richtlinie sowie in den Katalog der bejagdbaren Arten aufzunehmen. Eingeschleppte, invasive Arten wie Waschbär, Mink und Marderhund bedrohen die Artenvielfalt, deshalb sind sie flächendeckend – ohne Jagdverbote in Schutzgebieten – zu bejagen.

Wir setzen uns für eine Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung des Klimaschutzes und deren Umsetzung ein. Die Hochwasserereignisse der letzten Jahre haben deutlich gemacht, dass es eines zentralen kommunalen Hochwassermanagements bedarf. Die Federführung muss vom Landkreis ausgehen. Die Gemeinden dürfen bei dieser Aufgabe nicht sich selbst überlassen sein. Die Landwirtschaft und

die Unterhaltungsverbände müssen ihrer Verantwortung zum Erhalt der Funktionssicherheit der Grabensysteme und Wehre nachkommen.

BILDUNG, SCHULE UND SOZIALES / KINDER, JUGEND UND FAMILIE

Sachsen-Anhalt ist ein familienfreundliches Land. Die CDU Sachsen-Anhalts bekennt sich zum gegliederten und differenzierten Schulsystem. Durch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützen wir junge berufstätige Familien und berufstätige allein-erziehende Mütter und Väter durch finanzielle Entlastungen.

Dabei nehmen wir einen Spitzenplatz in der Kinderbetreuung bundesweit ein. Jedes Kind hat von Geburt an einen Rechtsanspruch auf eine Betreuung in der Kindertagesstätte. Unser Ziel bleibt eine qualitativ verbesserte Kinderbetreuung und eine Beitragsentlastung für die Eltern.

Wir befürworten eine Vielzahl von Trägern von Kindertagestätten und streben beste Ergebnisse in der frühkindlichen Bildung an. Denn die frühkindliche Bildung bietet den Grundstein für die weitere schulische Ausbildung. Dabei unterstützen wir Kooperationen von Kindertagesstätten und Grundschulen.

In der Grundschule ist die gemeinsame Einnahme von Essen im Klassenverband wünschenswert. Darüber hinaus sollte der Fokus auf einer gesunden Ernährung liegen. Dieses Bewusstsein muss geschult werden. Wir setzen uns für wohnortnahe Schulen und vernünftige Schuleingangsbezirke ein, die den Kindern kurze Wege ermöglichen.

Daher treten wir für eine Beschränkung der zumutbaren Schulwegzeiten im Rahmen der kommunalen Schülerbeförderung auf i.d.R. maximal 45 min und eine Beschränkung der zumutbaren Wartezeiten auf i.d.R. maximal 30 min ein.

Wir nutzen die Digitalisierung für die Bildung. Deshalb fördern wir die Bereitstellung von interaktivem Lernmaterial und unterstützen das digitale Klassenzimmer.

Wir stärken die Sekundar- und Gemeinschaftsschulen und fördern die Kooperation mit Bildungsträgern, Ausbildungsbetrieben und dem Handwerk. Denn „Handwerk ist Heimat“ und eine gute, praxisnahe Ausbildung erhält Berufsbilder, schafft Arbeitsplätze und bindet die Jugend.

Auch in den Sekundar- und Gemeinschaftsschulen steht neben der Berufsorientierung die Digitalisierung im Vordergrund.

Die Gymnasien stehen für die Vorbereitung des akademischen Nachwuchses. Besondere Konzepte verdienen hier eine Förderung. Wir treten für eine Stärkung der Berufsorientierung auch an den Gymnasien und Gesamtschulen unseres Landes ein.

Die vollständige Ausstattung der Schulen mit digitalen Lernhilfen ist eine Notwendigkeit. Neben der Bildung ist die Erziehung unter der Berücksichtigung des humanistischen Menschenbildes wünschenswert.

Eine Vielzahl von Schulgebäuden ist saniert. Gleichwohl sollten alle Schülerinnen und Schüler unter guten Umfeldbedingungen lernen können.

Darüber hinaus sind für die bessere Ausbildung an allen Schulen Lehrkräfte in ausreichender Anzahl notwendig. Um junge Lehrkräfte für die Region zu begeistern, sind neben Wohn- und familienorientierten Dienstleistungen auch infrastrukturelle Angebote notwendig.

Neben guten Anbindungen im öffentlichen Nahverkehr ist die Sicherstellung eines bedarfsgerechten Schienenverkehrs wichtig.

Die Schulgesetznovelle mit der Schaffung der Grundschulverbünde ist ein erster wichtiger Schritt. Wir wollen im ländlichen Raum alle Grundschulen erhalten, damit für die Kleinsten auch auf dem Lande die Schulwege möglichst kurz bleiben können. Es gilt das Prinzip „Kurze Beine – kurze Wege“

Wir brauchen eine bessere Abstimmung zwischen den Schulträgern und den Trägern des Schülerverkehrs. Dort müssen vorhandene Unstimmigkeiten durch Gespräche ausgeräumt werden. Die Schulen in freier Trägerschaft sind verlässlicher und notwendiger Bestandteil unserer vielfältigen Schullandschaft. Wir bekennen uns rückhaltlos zur Notwendigkeit und Existenz der Schulen in freier Trägerschaft. Inklusion ist eine Möglichkeit der Teilhabe. Förderschulen sind fester und wichtiger Bestandteil unseres Schulsystems. Hierbei ist der Elternwille in gemeinsamer Abstimmung mit dem Schulträger voranzustellen.

Zu den lebenswerten Bedingungen für Familien zählen auch Angebote für Kinder und Jugendliche im Nachmittags-, Freizeit- und Ferienbereich. Wir stärken hier die Zusammenarbeit von Familienbildungsstätten, wie zum Beispiel Volkshochschulen. Angebote für Kinder und Jugendliche können hier Hausaufgabenbetreuung, Nachhilfe, Freizeitangebote und Jugendclubs sein. Familienbildungsstätten und Familienzentren können so das Bildungsangebot von der frühkindlichen Bildung bis zur akademischen Vorbildung abrunden und Familien neue Perspektiven bieten. Wir bekennen uns ausdrücklich zur Rolle der freien Träger auch in diesem Bereich.

Wir wollen dem demografischen Wandel auch damit begegnen, dass alle kommunalen Entscheidungen auf Familienfreundlichkeit geprüft werden. Familienrabatte beim Kauf von kommunalem Eigentum

sind ebenso denkbar wie das Angebot von Familientarifen für kommunale Einrichtungen. Für die jüngsten Mitglieder unserer Gesellschaft ist qualifizierte und gesicherte Betreuung wichtig und für ihre Eltern die Unterstützung beim Wiedereinstieg in den Beruf nach der Elternzeit.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Kommunen bei der Erhaltung und Betreibung von Jugendeinrichtungen und Mehrgenerationenhäusern unterstützt werden. Wir regen an, dass die Kommunen ein Spielplatzkonzept erarbeiten. Über Spielplatzpatenschaften sollen die Kommunen Hilfe und Unterstützung erhalten.

Wir sind für eine direkte Förderung der geistigen und körperlichen Fähigkeiten unserer Kinder und Jugendlichen. Dazu gehört bei einkommensschwachen Familien Unterstützung bei der Finanzierung der Kosten für Vereinsmitgliedschaft sowie Musikschule oder das leihweise Überlassen von Musikinstrumenten oder Sportzubehör.

SENIOREN UND PFLEGEVERSORGUNG

Miteinander Generationen fördern – gute Bedingungen für die Pflege

In Deutschland sind rund 25% der Menschen über 60 Jahre alt, in Sachsen-Anhalt sogar jeder Dritte. Die Nutzung der Potenziale dieser Bevölkerungsgruppe ist Chance und Herausforderung zugleich.

Seniorinnen und Senioren bringen nicht nur viel Lebenserfahrung, sondern auch viel Wissen mit, welches für das gesellschaftliche Miteinander genutzt werden kann.

Wir werden die Rahmenbedingungen für die Ausübung von Ehrenämtern durch Senioren, aber nicht nur für diese, verbessern. Dort, wo es organisatorisch möglich und sinnvoll ist, sollen Seniorenvertretungen in den Kommunen als beratendes Gremium eingerichtet werden.

Wir werden die offene Seniorenarbeit unterstützen. Dabei sind neben Angeboten, die sich zielgerichtet an Senioren wenden, vor allem generationsübergreifende Vorhaben zu fördern. Mehrgenerationenhäuser könnten hier entsprechende Rahmenbedingungen liefern. Es geht darum, ältere Menschen zur Erhaltung von Körper und Geist vielfältig zu fördern.

Dies kann auch dazu beitragen, das zunehmende Problem der Vereinsamung in unserer Gesellschaft anzugehen. Die Ermöglichung der Teilhabe an der Gesellschaft für die Seniorinnen und Senioren ist für uns eine Selbstverständlichkeit.

Ältere Menschen von heute möchten solange wie möglich ihr Leben selbst gestalten. Dazu gehört es, die richtigen Rahmenbedingungen bereitzustellen.

Wir setzen uns vor allem auch für selbstbestimmtes Wohnen bzw. der möglichst lange Verbleib in den eigenen vier Wänden ein. Die vorhandenen Möglichkeiten zum barrierearmen bzw. -freien Umbau der eigenen Wohnstätte sind besser zu nutzen. Beispielfhaft seien hier nur die Zuschüsse der Pflegekassen für entsprechende Umbaumaßnahmen genannt. Wir wollen gemeinsam mit der Wohnungswirtschaft nach Möglichkeiten vor Ort suchen, um lebenserfahrenen Menschen Wohnraum gemäß ihren Bedürfnissen zur Verfügung zu stellen. Dabei sind auch neue Wohnformen, wie Senioren-WGs mit zu beachten. Beratungsangebote, wie PiA (Prävention im Alter) sollen stärker in der Fläche wirken.

Gerade Ältere sind in ihrer Mobilität häufig eingeschränkt. Die Angebote des öffentlichen Personennahverkehrs sind deshalb so zu gestalten, dass sie auch den Bedürfnissen mobilitätseingeschränkter Menschen entsprechen.

Prävention ist der beste Gesundheitsschutz. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass Präventionsangebote flächendeckend im Land zur Verfügung stehen. Die Versorgung mit medizinischen Leistungen muss im gesamten Land sichergestellt sein. Deshalb werden wir unsere Anstrengungen gemeinsam mit unseren Partnern, wie Krankenkassen, Ärzte- und Zahnärztekammer und den Kassenärztlichen Vereinigungen, Apothekerkammer und -verband sowie weiteren Anbietern gesundheitlicher Dienstleistungen, vor Ort besser koordinieren.

Rund 100.000 Menschen in unserem Land sind pflegebedürftig. Davon werden rund 70% allein oder mit Unterstützung von Pflegediensten von ihren Angehörigen betreut. Wir setzen uns dafür ein, dass die vernetzte Pflegeberatung (www.pflegeberatung-sachsen-anhalt.de) weiterentwickelt wird. Dabei sind neben den Interessen der Pflegebedürftigen insbesondere die Belange der pflegenden Angehörigen mit zu beachten. Es gilt das Prinzip Ambulant vor Stationär. Modellprojekte zur Pflege im Quartier sollen im ganzen Land Anwendung finden. Bundesgesetzliche Regelungen sollen vor Ort praxisorientiert umgesetzt werden. Dazu gehört auch die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für das Personal in stationären Pflegeeinrichtungen und mobilen Pflegediensten.

GESUNDHEIT

Der demografische Wandel führt zu einer stetig spürbaren Veränderung der medizinischen, pflegerischen und sozialen Leistungen. Das medizinische und pflegerische Versorgungssystem im ländlichen Bereich wird insbesondere durch diese Veränderungen belastet. Die Erhaltung der ausreichenden, wohnortnahen Versorgung ist ebenso unser Ziel wie die qualitativ und quantitativ hochwertige Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum.

- Um eine wohnortnahe Versorgung mit Hausärzten und Fachärzten auch in Zukunft sicherzustellen, ist die Bekämpfung des Ärztemangels vordringlichste Aufgabe. Dazu ist neben der Fort- und Weiterentwicklung von bestehenden Projekten sowie Stipendienprogrammen auch die Einführung einer Landarztquote bei der Vergabe von Medizinstudienplätzen erforderlich.
- Wir sorgen für eine Gesundheitsversorgung im ambulanten und stationären Bereich, die den Zugang zu den gesetzlichen Leistungen für alle Bürger in Wohnortnähe ermöglicht.
- Die Versorgungsstrukturen müssen zur Steigerung der Versorgungseffizienz vernetzt werden. Dies soll durch die Schaffung und den Ausbau von lokalen und regionalen Gesundheitsnetzwerken geschehen.

- Die Verbesserung der sektorübergreifenden Versorgung, also die Zusammenarbeit u.a. von Krankenhäusern und niedergelassenen Ärzten, ist eine Notwendigkeit.
- Die Notfallversorgung der Bevölkerung zwischen den niedergelassenen Ärzten und den Krankenhäusern muss auf die Versorgungsbedürfnisse abgestimmt sein. Diese kann durch den Ausbau und die Schaffung von Notfallambulanzen in medizinischen Versorgungszentren optimiert werden.
- Die wohnortnahe hospizlich-palliative Patientenbehandlung und Palliativversorgung wollen wir durch Nutzung und Vernetzung vorhandener Infrastruktur und Ressourcen ausbauen.
- Erforderliche Investitionen in die Krankenhausinfrastruktur stehen auf der Prioritätenliste mit oben.
- Die Einführung telemedizinischer Elemente ist zur Sicherung einer qualitativ hochwertigen Patientenversorgung in Sachsen-Anhalt unverzichtbar.
- Apotheken sollen insbesondere im ländlichen Bereich erhalten bleiben.

Wir vor Ort: Adressen unser Kreisverbände

CDU Altmarkkreis Salzwedel

Lohteich 35
29410 Salzwedel
Telefon: (03901) 306 87 11
Telefax: (03901) 306 87 12
www.cdu-altmarkkreis.de

CDU Anhalt-Bitterfeld

Kurze Straße 6
06366 Köthen / Anhalt
Telefon: (03496) 31 00 30
Telefax: (03496) 21 67 85
www.cdu-anhalt-bitterfeld.de

CDU Burgenlandkreis

Oststraße 31
06618 Naumburg
Tel.: (03445) 261 01 26
Fax.: (03445) 261 00 69
www.cdu-burgenlandkreis.de

CDU Bördekreis

August-Bebel-Strasse 35
39326 Wolmirstedt
Telefon: (39201) 4603
Telefax: (39201) 4605
<http://cdu-boerde.de/>

CDU Dessau-Roßlau

Ferdinand-von-Schill-Str. 33
06844 Dessau-Roßlau
Telefon: (0340) 260 60 12
Telefax: (0340) 260 60 20
www.cdu-dessau.de

CDU Halle

Ulestraße 8
06114 Halle (Saale)
Telefon: (0345) 388 95 40
Telefax: (0345) 388 95 41
www.cdu-halle.de

CDU Harz

Fischmarkt 12 b
38820 Halberstadt
Telefon: (03941) 567 400
Telefax: (03941) 567 471
www.cduharz.de

CDU Jerichower Land

Schartauer Str. 41
39288 Burg
Telefon: (03921) 63 52 02
Fax: (03921) 63 55 43
www.cdu-jerichowerland.de

CDU Magdeburg

Fürstenwallstraße 17
39104 Magdeburg
Telefon: (0391) 254 98 13
Telefax: (0391) 254 98 20
www.cdu-magdeburg.de

CDU Stendal

Bismarckstr. 19
39576 Stendal
Telefon: (03931) 21 20 91
Telefax: (03931) 79 49 60
www.cdu-stendal.de

CDU Mansfeld-Südharz

Robert-Büchner-Strasse 8a
06295 Lutherstadt Eisleben
Telefon: (03475) 667 62 17
Telefax: (03475) 667 62 16
www.cdu-mansfeld-suedharz.de

CDU Wittenberg

Johann-Friedrich-Böttger-Straße 10
06886 Lutherstadt Wittenberg
Telefon: (03491) 40 24 16
Telefax: (03491) 40 26 16
www.cdu-wb.de

CDU Saalekreis

Burgstraße 8
06217 Merseburg
Telefon: (03461) 30 90 71
Fax: (03461) 30 90 97
www.cdu-saalekreis.de

CDU Salzlandkreis

Karlsplatz 5
06406 Bernburg (Saale)
Telefon: (03471) 62 31 42
www.cdu-salzland.de

CDU Sachsen-Anhalt

Fürstenwallstr. 17
39104 Magdeburg

Telefon: 0391 / 5 66 68 10
Telefax: 0391 / 5 66 68 30

www.cdulsa.de
E-Mail: post@cdulsa.de



CDU-Landesvorsitzender
Minister
Holger Stahlknecht MdL

CDU-Generalsekretär
Europaabgeordneter
Sven Schulze

Am 26. Mai sind Kommunal- und Europawahlen!

Bitte unterstützen Sie Kandidaten der
CDU vor Ort mit 3 Stimmen und
wählen Sie unseren Europa-
abgeordneten Sven Schulze!